



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
69. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 20.06.2022	
Sitzungsbeginn:	16:06 Uhr	
Sitzungsende:	19:22 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch - CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Thomas-Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Jochen Mauritz - CDU		
1. Stellvertr. Stadtpräsident Ulrich Pluschkell - SPD		
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Dr. Ulrich Brock - CDU		
Dalila Mecker - DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Sascha Luetkens Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
Mara-Lena Zeplin - Fraktion Vielfalt	Vertretung für: Herrn Bastian Langbehn Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
Carsten Biehlig - FREIE WÄHLER & GAL	Vertretung für: Herrn Carl-Wilhelm Howe	
Andrea Körnich-Krombholz - BfL		
Michael Matthies - Die Unabhängigen		
Elfi Rostkowski - SPD		
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Andreas Zander - CDU	Nur bis TOP 6.4.5	
Jan Ingwersen - CDU	Ab TOP 6.4.5 als Vertretung für Herrn Zander	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvertr. Fraktionsvorsitzender		
Verwaltung		
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen		

Uwe Kirchhoff - 2.830 Kurbetrieb Travemünde	Nur öffentlicher Teil
Karsten Schröder - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Steffi Wulke-Eichenberg - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Annette Höhn - 5.691 Lübeck Port Authority	
Jens Johannsen - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Christian Stolte - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Nur öffentlicher Teil
Dierk Wallendzik - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Nur öffentlicher Teil
Arne Barber - 5.651 - GMHL	Ab TOP 6.4.5
Frank Graap - 5.651 - GMHL	Ab TOP 6.4.5
Michael Stödter - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Markus Toll - 5.060 Fachbereichscontrolling	Bis TOP 5.3
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn - Fraktion Vielfalt Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Abwesend
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Entschuldigt abwesend
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	Abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Carl-Wilhelm Howe - FREIE WÄHLER & GAL	Abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.05.2022	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.05.2022	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 07.32.00 - Schlutuper Straße / Lauerhofer Feld	VO/2021/10275-02
3.2	Fortführung der Maßnahme Umgestaltung Hafenzzone im Fischereihafen Lübeck-Travemünde, 1. Bauabschnitt und Bericht 2. Bauabschnitt	VO/2022/11139
3.3	BW 100 Treidelwegbrücke Pfeilerinstandsetzung - Projekt-freigabe	VO/2022/11141
3.4	Bebauungsplan 26.13.00 - Schlutup / Lauer Weg - Aufstel-lungsbeschluss	VO/2022/11143
3.5	Ausweitung des Busverkehrs im Rahmen des Stationsneu-baus Lübeck-Moisling an der Bahnstrecke Lübeck - Ham-burg	VO/2022/11145
3.6	Bebauungsplan 23.27.00 - Steinrader Damm / Schönbö-ckener Hauptstraße - Erneuter Aufstellungsbeschluss, Er-weiterung des Geltungsbereichs und Auslegungsbeschluss	VO/2022/11187
3.7	Austauschvorlage zur VO/2020/09090: 2. Satzung zur Än-derung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhe-bung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Um-bau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014	VO/2020/09090-02
3.8	Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem § 82 Abs 1 GO für das Haushaltsjahr 2022 zur Umsetzung des Konzept zur Beschleunigung des Glasfaserausbaus	VO/2022/11104
3.9	Projektfreigabe: Beteiligung beim Breitbandausbau - Erne-uerung technisch abgängiger Beleuchtung und desolaten Gehwegflächen in St. Jürgen im Zuge des Breitbandaus-baus	VO/2022/11154
3.10	Masterplanmaßnahme Rathenaustraße: Möglichkeit der geänderten Bauweise	VO/2022/11153

3.11	Ausweitung des Angebots der Linie 40 im Kontext des Projektes "unbeschwert unterwegs"	VO/2022/11156
3.12	Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde	VO/2022/11168
3.13	Übertragung der Erschließung für das Gebiet des Bebauungsplanes 01.77.00 Nördliche Wallhalbinsel	VO/2022/11176
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag Detailplanung Fahrradverleihsystem für Lübeck	VO/2022/11013
4.2	Vielfalt: Bestand von 10.000 Sozialwohnungen bis 2025	VO/2022/11008
5	Berichte	
5.1	Bebauungsplanverfahren 32.59.00 - Howingsbrook/Rödsaal - Sachstandsbericht	VO/2022/10894
5.2	Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980
5.2.1	AM Pluschkell (SPD)& Lötsch (CDU): zu 5.2 : Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge hier: Vorrang für das Laden von e-Mobilen	VO/2022/10980-01
5.2.2	AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10980 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge	VO/2022/10980-03
5.3	Lübeck sorgt vor: Hitzeaktionsplan (Stufe 1) und Hitzeportal für Lübeck	VO/2022/11040
5.4	Umgestaltung der Tarifzone 6000	VO/2022/11063
5.5	Änderung der Stadtverordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Travemünder Winkel" in der Hansestadt Lübeck	VO/2022/11039
5.6	Mobilitätskonzept Travemünde: Schaffung einer neuen Straßenverbindung zwischen Gneversdorfer Weg und Teutendorfer Weg nördlich der Eisenbahngleise	VO/2021/09967
5.7	Gutachterliche Stellungnahme zur Kostentragung Hubbrücken	VO/2022/11183
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.2	Neue Anfragen	
6.2.1	Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Prüfung Fahr-	VO/2022/11206

	radstraßen in Lübeck	
6.2.2	Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Radverkehrsführung in der Mecklenburger Straße	VO/2022/11207
6.2.3	Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Verkehrsversuch Fackenburger Allee	VO/2022/11208
6.2.4	Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Sachstand Digitale Bauantragsakte	VO/2022/11225
6.2.5	Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Terminplanung Brückensanierung	VO/2022/11226
6.2.6	Anfrage des AM Michael Matthies (die Unabhängigen): zu Neubauten am Baggersand	VO/2022/11220
6.2.7	Anfrage des AM Michael Matthies (die Unabhängigen): zur Fußweg- und Radwegführung zwischen Possehlstraße und Willy-Brandt-Allee	VO/2022/11224
6.2.8	Anfrage des AM Ulrich Pluschkell (SPD-Fraktion) zu Verkehrsengpass Moltkebrücke	VO/2022/11240
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Fraktion Vielfalt: Wahl in den Bauausschuss	VO/2022/11122-01
6.4.2	DIE LINKE: Wahl in den Bauausschuss	VO/2022/11126-01
6.4.3	Mündliche Mitteilung (5.660): CHARTA Friedhofskultur	
6.4.4	Mündliche Mitteilung (5.660): Wanderweg an der Wakenitz Eichholz	
6.4.5	Mündliche Mitteilung (5.610): Skateranlage Travemünde	
6.4.6	Mündliche Mitteilung (5.610): Rahmenplan Campus Lübeck	
6.4.7	Mündliche Mitteilung (5.610): Sachstand Abschaffung Preisstufe 3 zum 01.08.2022	
6.4.8	Mündliche Mitteilung (5.660): Wegfall Bewohnerparkplätze in der Alsheide	
6.4.9	Mündliche Mitteilung (5.610): Vergabeverfahren 5. RNVP	
6.4.10	Mündliche Mitteilung (5.660): Sachstand Stadtgrabenbrücke	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Bau eines Radweges - Willy Brandt Allee	VO/2022/11164

7.2	Antrag AM Pluschkell (SPD): Vorrang für das Laden von e-Mobilen	
7.3	Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Ampelschaltung Kreuzung Fackenburger Allee/Werner-Kock-Straße	VO/2022/11188
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
-------------	--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

- TOP 3.6 Bebauungsplan 23.27.00 - Steinrader Damm / Schönböckener Hauptstraße - Erneuter Aufstellungsbeschluss, Erweiterung des Geltungsbereichs und Auslegungsbeschluss (VO/2022/11187)
- TOP 3.7 Austauschvorlage zur VO/2020/09090: 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014 (VO/2020/9090-02)
- TOP 3.8 Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem § 82 Abs 1 GO für das Haushaltsjahr 2022 zur Umsetzung des Konzept zur Beschleunigung des Glasfaserausbaus (VO/2022/11104)
- TOP 3.9 Projektfreigabe: Beteiligung beim Breitbandausbau - Erneuerung technisch abgängiger Beleuchtung und desolaten Gehwegflächen in St. Jürgen im Zuge des Breitbandausbaus (VO/2022/11154)
- TOP 3.10 Masterplanmaßnahme Rathenastraße: Möglichkeit der geänderten Bauweise (VO/2022/11153)
- TOP 3.11 Ausweitung des Angebots der Linie 40 im Kontext des Projektes "unbeschwert unterwegs" (VO/2022/11156)
- TOP 3.12 Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde (VO/2022/11168)
- TOP 5.2.1 AM Pluschkell (SPD)& Lötsch (CDU): zu 5.2 : Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge hier: Vorrang für das Laden von e-Mobilen (VO/2022/10980-01)
- TOP 5.2.2 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10980 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge (VO/2022/10980-03)
- TOP 5.6 Mobilitätskonzept Travemünde: Schaffung einer neuen Straßenverbindung zwischen Gneversdorfer Weg und Teutendorfer Weg nördlich der Eisenbahngleise (VO/2021/09967)
- TOP 6.2.1 Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Prüfung Fahrradstraßen in Lübeck (VO/2022/11026)
- TOP 6.2.2 Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Radverkehrsführung in der Mecklenburger Straße (VO/2022/11207)
- TOP 6.2.3 Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Verkehrsversuch Fackenburger Allee (VO/2022/11208)
- TOP 6.2.4 Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Sachstand Digitale Bauantragsakte (VO/2022/11225)
- TOP 6.2.5 Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Terminplanung Brückensanierung (VO/2022/11226)
- TOP 6.2.6 Anfrage des AM Michael Matthies (die Unabhängigen): zu Neubauten am Baggersand (VO/2022/11220)

- TOP 6.2.7 Anfrage des AM Michael Matthies (die Unabhängigen): zur Fußweg- und Radwegführung zwischen Possehlstraße und Willy-Brandt-Allee (VO/2022/11224)
- TOP 6.2.8 Anfrage des AM Ulrich Pluschkell (SPD-Fraktion) zu Verkehrseingangs Moltkebrücke (VO/2022/11240)
- TOP 6.4.10 Mündliche Mitteilung (5.660): Sachstand Stadtgrabenbrücke
- TOP 11.4 Vergabe einer gutachterlichen Tätigkeit zur Erstellung des 5. Regionalen Nahverkehrsplans (RNVP) (VO/2022/11185)

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

Der Vorsitzende verpflichtet die bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Mecker, Herrn Dr. Brock, Frau Rostkowski und Frau Körnich-Krombholz mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Vorsitzende beantragt, den TOP 3.5, TOP 3.11 und TOP 6.4.7 zusammen zu behandeln, TOP 4.1 bis zur Sitzung zur Haushaltsberatung zu vertagen sowie TOP 5.6 und TOP 3.12 gemeinsam aufzurufen, durch die Verwaltung vorstellen zu lassen und anschließend auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Herr Pluschkell beantragt TOP 5.4 zu vertagen. Er weist außerdem darauf hin, dass der Bericht auf einem Bürgerschaftsauftrag basiere, aber nur für die Behandlung im Bauausschuss, nicht in der Bürgerschaft vorgesehen sei.

Der Vorsitzende beantragt, nach Abarbeitung der TOP unter TOP 3 die Vorlagen vorzuziehen, die in der letzten Sitzung vertagt worden sind:

- TOP 4.1 Antrag Detailplanung Fahrradverleihsystem für Lübeck
- TOP 4.2 Bestand von 10.000 Sozialwohnungen bis 2025
- TOP 5.1 Bebauungsplanverfahren 32.59.00 - Howingsbrook/Rödsaal - Sachstandsbericht
- TOP 5.2 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
- TOP 5.3 Hitzeaktionsplan (Stufe 1) und Hitzeportal für Lübeck
- TOP 5.4 Umgestaltung der Tarifzone 6000
- TOP 5.5 Änderung der Stadtverordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Travemünder Winkel" in der Hansestadt Lübeck
- TOP 6.4.3 Mündliche Mitteilung (5.660): CHARTA Friedhofskultur
- TOP 6.4.4 Mündliche Mitteilung (5.660): Wanderweg an der Wakenitz Eichholz

Weiterhin weist er daraufhin, dass gegebenenfalls am 11.07.2022 eine Sondersitzung des Bauausschusses stattfinden werde, um vertagte Themen abarbeiten zu können.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragte Erweiterung der Tagesordnung unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit, die gemeinsame Behandlung, Vorziehung und die Vertagung sowie die nichtöffentliche Behandlung der hierfür jeweils vorgesehenen TOP.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.05.2022

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.05.2022

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

zu 3 Beschlussvorlagen

**zu 3.1 Benennung von Verkehrsflächen in der Hansestadt Lübeck: B-Plan 07.32.00 - Schlutuper Straße / Lauerhofer Feld
Vorlage: VO/2021/10275-02**

Herr Lötsch kritisiert die Länge des gewählten Namens. Lange Namen seien im digitalen Zeitalter problematisch. **Er beantragt, dass der Straßename in Grünfeldt-Ring geändert werde und unter den Straßenschildern ein Informationsschild angebracht werde.**

Herr Mauritz bittet darum, dass die Liste mit den Vorschlägen zur Benennung von Straßen an die Bauausschussmitglieder versendet werde. Frau Hagen sagt dies zu.

Beschluss:

Im Stadtteil St. Gertud wird die geplante Erschließungsstraße im Rahmen des B-Plans 07.32.00 – Schlutuper Straße / Lauerhofer Feld – gemäß Anlage 1 wie folgt benannt:

Grünfeldt-Ring: Planstraße A, die als Ringstraße das neue Baugebiet erschließen wird

Unter den Straßenschildern werden Informationsschilder über die Geschwister Grünfeldt angebracht.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss beschließt einstimmig gemäß des geänderten Beschlussvorschlags.

**zu 3.2 Fortführung der Maßnahme Umgestaltung Hafenzone im Fischereihafen Lübeck-Travemünde, 1. Bauabschnitt und Bericht 2. Bauabschnitt
Vorlage: VO/2022/11139**

Herr Matthies fragt, ob noch mit höheren Mehrkosten zu rechnen sei.
 Frau Höhn antwortet, dass die genannten Projektkosten noch nicht vollständig aufgelaufen seien, da der 2. Abschnitt des 1. Bauabschnitts noch gar nicht festgestellt worden sei. Die Kosten seien hochgerechnet worden.

Herr Biehlig fragt, ob sich der Betreiber des Sportboothafens auch an den Kosten beteilige.
 Frau Höhn erläutert, dass die Verwaltung bei dem 2. Bauabschnitt noch nicht in der konkreten Planung sei, sondern derzeit nur Konzepte vorlägen. Die Beteiligungen würden in der Planung erörtert werden.

Herr Biehlig fragt, ob die Slipanlage von der Stadt betrieben werde und ob dies Geld koste.
 Frau Höhn antwortet, dass sie den Betreiber der Slipanlage nicht kenne und dazu keine Aussage machen könne.

Herr Biehlig regt an, den Gastronomiebetrieb auf der Netzwiese zu beschränken um dort auch andere Nutzungen zuzulassen.

Frau Höhn weist darauf hin, dass in den Konzeptbausteinen auch schon derartige Überlegungen vorgenommen worden seien, aber es sich bisher nur auf der konzeptuellen, nicht auf der konkreten Ebene bewege.

Herr Biehlig sagt, dass derartige Nutzungen oder auch Fahrradabstellplätze oder Landstrom festgeschrieben werden könnten.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Umsetzung der Maßnahme Umgestaltung Hafenzone im Fischereihafen Lübeck-Travemünde, 1. Bauabschnitt fortzufahren.

Der Bericht zum 2. Bauabschnitt wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.3 BW 100 Treidelwegbrücke Pfeilerinstandsetzung - Projektfreigabe
Vorlage: VO/2022/11141

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Umsetzung des Projekts „BW 100 Treidelwegbrücke Pfeilerinstandsetzung“ zu beginnen.

	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.4 Bebauungsplan 26.13.00 - Schlutup / Lauer Weg - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VO/2022/11143

Herr Ramcke fragt, ob die Verwaltung diesen B-Plan aufstellen wolle, um die Bebauung in zweiter Reihe zu regeln.

Herr Schröder bejaht dies. Es gebe für eine Bebauung in zweiter Reihe kein Vorbild gemäß §34 BauGB, daher werde ein B-Plan benötigt, der dieses Recht miteinbeziehe.

Herr Dr. Brock fragt, ob die nördlichen Flächen nicht auch für eine vergleichbare Regelung in Frage kommen würden. Seiner Ansicht nach sei der Umgriff des Gebiets zu reduziert.

Herr Schröder erläutert, dass der Umgriff das Ergebnis der Recherche im Vorfeld sei. Je weiter nach Norden gegangen werde, desto kleiner würden die Grundstücke werden oder die Grundstücke würden über ungünstige Schnitte verfügen. Weiterhin käme es auch auf die Mitwirkungsbereitschaft der Anwohner an.

Herr Dr. Brock sagt, dass sichergestellt werden solle, dass Eigentümer, die ihre Grundstücke dafür zur Verfügung stellen wollen würden auch die Gelegenheit dazu bekämen.

Herr Schröder antwortet, dass es sich nur um den Aufstellungsbeschluss handle. Wenn im Verfahren ein entsprechendes Feedback komme, werde die Verwaltung dies miteinbeziehen.

Beschluss:

1. Für den im Stadtteil Schlutup am Lauer Weg befindlichen und im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) dargestellten Bereich wird der Bebauungsplan 26.13.00 – Schlutup / Lauer Weg - als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Nachverdichtung des bestehenden Einfamilienhausgebietes geschaffen werden. Es ist eine moderate Verdichtung in Form von Doppelhäuser und freistehenden Einzelhäusern geplant.

2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll in Form eines zweiwöchigen Aushanges, einschließlich Einstellen der Unterlagen in das Internet und durch eine Präsenzveranstaltung durchgeführt werden.
4. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.1 BauGB soll erfolgen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

**zu 3.5 Ausweitung des Busverkehrs im Rahmen des Stationsneubaus Lübeck-Moisling an der Bahnstrecke Lübeck - Hamburg
Vorlage: VO/2022/11145**

Gemäß TOP 1 werden TOP 3.5, TOP 3.11 und TOP 6.4.7 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.5 dargestellt, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Herr Ramcke fragt, warum zur Eile gedrängt werde und nicht in Zukunft auf den realen Bedarf reagiert werde. Es sei noch gar nicht bekannt, wie zukünftig die Situation aussehe und in bisherigen Gutachten sei immer die Kosteneffizienz langer Buslinien bemängelt worden. Herr Stödter führt aus, dass zusätzlich noch das Projekt „Unbeschwert unterwegs“ eingeführt werde, und solche Angebote mit einem sehr günstigen oder gefühlt kostenlosen ÖPNV dazu führen würden, dass der ÖPNV sehr stark genutzt werde. Die derzeitige Situation mit dem 9€-Ticket zeige dies beispielsweise. Die Linie 40 sei ohnehin oft über ihre Kapazitäten hinaus ausgelastet. Das Angebot solle ohnehin ausgebaut werden und die Verwaltung wolle sich für die Zukunft rüsten sowie vorausschauend handeln und aktiv werden. Die Einnahmen durch die neue Ostseecard würden außerdem aufgrund eines Schlüssels unter den Verkehrsunternehmen aufgeteilt und durch den erwarteten höheren Anteil könne auch ein höherer Teil der Schlüsselung abgegriffen werden. Die aufgeführten Mehreinnahmen seien außerdem bei den Kosten für die zukünftigen Verbesserungen des ÖPNV noch nicht einkalkuliert. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung halte das skizzierte Vorgehen und die genannten Summen für sehr konservativ kalkuliert. Außerdem sei ein neues Angebot mit der Linie 5803 im Kreis Ostholstein geplant, welche gute Übergangszeiten am ZOB in Timmen-dorfer Strand für die Linie 40 verspreche.

Herr Dr. Flasbarth sagt, dass er grundsätzlich eine Verlängerung und Verdichtung der Buslinien befürworte, aber er das Vorgehen kritisiere. Es sei immer gesagt worden, dass keine Gelder in den ÖPNV investiert werden sollten, da keine Daten über die ÖPNV-Nutzung vorlägen und erst ein Gutachten über den ÖPNV abgewartet werden solle. Dies sei für 2020 angekündigt worden und würde immer noch nicht vorliegen. Die Änderungen, die jetzt vorgeschlagen würden, hätten bereits vor fünf Jahren umgesetzt werden können. Er befürchte, dass in Zukunft keine Investitionen auf der Basis des noch erscheinenden Gutachtens gemacht werden würden, da bereits zu viele Gelder in andere Maßnahmen gesteckt worden wären. Außerdem sei in einer früheren Bewertung gesagt worden, dass die Linie 40 zu den ineffizientesten Linien gehöre. Er würde sich wünschen, dass Änderungen nicht nach Gefühl, sondern aufgrund von Daten unternommen werden würden.

Frau Haltern begrüßt, dass die Verwaltung vorausschauend tätig werden wolle und die Infrastruktur für die kommende Ostseecard bereitstelle. Die Touristen würden den Bus bereits jetzt schon in Travemünde zum Überfüllen bringen, die Strecke sei in der Saison hochfrequentiert. Weiterhin würde sie viel von älteren Menschen genutzt werden und es sei nicht

zumutbar, dass diese aufgrund von vollen Kapazitäten keine Sitzgelegenheiten bekommen würden.

Herr Mauritz drückt seine Überraschung darüber aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich dagegenstelle, Langstrecken mit dem Bus zu überwinden. Er begrüße ebenfalls den Vorschlag der Verwaltung.

Herr Leber sagt, dass in der Vergangenheit solche Maßnahmen immer nur auf das Stadtgebiet bezogen worden seien, diese Maßnahme aber auch die Buslinien der anderen Gemeinden in der Lübecker Bucht miteinbeziehe. So könnten interessante Tourismusgruppen erschlossen werden, denen eine belastbare Alternative gegeben werde. Die Alternative sei, dass die Touristen mit dem PKW in die Lübecker Innenstadt fahren würden.

Herr Pluschkell weist darauf hin, dass die bisherigen Gutachterempfehlungen, die gut und finanzierbar gewesen seien, bereits mit den Beschlüssen im letzten März umgesetzt seien. Er rege zudem eine saisonale Lösung an.

Herr Ramcke sagt, dass das Problem die Fahrt von Travemünde zur Innenstadt sei und nicht die Fahrten von den Ostseebädern nach Travemünde. Seine Fraktion sei für einen guten Ausbau des ÖPNV, aber dies müsse auf einer soliden Datenlage geschehen. Hier solle eine Maßnahme beschlossen werden in der Hoffnung, dass der Bedarf in Zukunft auch tatsächlich vorhanden sei. Die Maßnahme müsse noch mit mehr Daten unterfüttert werden.

Herr Stödter bedankt sich für die Anregungen. Dem Gedanken des saisonalen Einsatzes trage die Vorlage bereits Rechnung, da der Wochenendverkehr nur in der Saison verdichtet werden solle. Es sei auch eine intensive Evaluierung der Maßnahme erforderlich, um zu überprüfen, ob sie angenommen werde. Die nah.sh wolle demnächst eine solche Evaluation durchführen, auf diese Daten könne die Verwaltung dann zurückgreifen. Er weise darauf hin, dass die in der Vorlage aufgeführten Kosten die Vollkosten seien und das Worst-Case-Szenario abbilden würden. Weiterhin sei bereits ein Förderantrag bewilligt worden, mit dem Fahrgastzählsysteme finanziert werden könnten, um eine belastbare Datenlage zu schaffen. Im 5. RNVP solle festgelegt werden, bei welchen nachfragestarken Achsen noch zusätzlich nachgelegt werden könne. Die Investition in Moisling sei auch notwendig, da der neue Bahnhofhaltepunkt komme, die Linien könnten nicht einfach 400 Meter davor enden. Von einem Ausbau der Linie 5 würde auch das gesamte Stadtgebiet profitieren. Bei der alten Bewertung der Linie 40 habe es das Projekt „Unbeschwert unterwegs“ noch nicht gegeben, sodass darauf nicht reagiert werden konnte, die Verwaltung jetzt aber reagieren müsse. Es solle verhindert werden, dass die Leute aufgrund eines vollen Busses abgewiesen werden müssten und dann in Zukunft das Auto nehmen würden.

Herr Biehlig fragt, ob die Vergünstigungen durch die Ostseecard nicht auch für die Einheimischen verfügbar gemacht werden könnten.

Herr Lötsch wirft ein, dass die Ostseecard nicht zum Thema des Bauausschusses gemacht werden müsse. Wer sich darüber informieren wolle, könne alles Wichtige dazu im Internet erfahren.

Herr Dr. Flasbarth fragt, von welchen zusätzlichen Investitionen die Verwaltung noch ausgehe.

Herr Stödter erklärt, dass es sich bei den Preisen um Kostenschätzungen des Stadtverkehrs Lübeck handle, ergänzt um Sicherheitsreserven und ohne die Kalkulation von Mehreinnahmen. Im allerbesten Falle könnte sich die Maßnahme refinanzieren. Da dies aber nicht modelliert werden konnte, habe die Verwaltung das Worst-Case-Szenario abgebildet. Modellierungen würden zu einem späteren Zeitpunkt aber möglich sein. Im 5. RNVP sollen alle bisherigen Beschlüsse abgearbeitet werden und ein Zukunftsfahrplan für den ÖPNV ab 2024 erstellt werden.

Her Pluschkell sagt, dass es sich bei der Ostseecard um ein umlagefinanziertes Ticket für alle Kurgäste handle, ähnlich wie das Semesterticket für die Studenten.

Frau Mecker weist darauf hin, dass der Stadtteil Moisling bereits über eine zehnminütige Taktung verfüge, andere Stadtteile dagegen nicht.

Herr Stödter antwortet, dass sich dieser Frage im 5. RNVP gewidmet werden solle. Mit den beiden vorliegenden Beschlussvorlagen solle mit dem vorhandenen Potential das Optimum für den Fahrgast herausgeholt werden.

Der Vorsitzende lässt über TOP 3.5. und TOP 3.11 abstimmen.

Der Vorsitzende bittet um die Mitteilung zu TOP 6.4.7.

Herr Stödter führt aus, dass die Abschaffung der Preisstufe 3 abgeschlossen sei und zum 01.08.2022 starte. Es sei bereits alles vorbereitet. Leider würden die Umlandgemeinden aus dem Kreis Ostholstein nicht mitmachen. Stockelsdorf habe Interesse geäußert, Bad Schwartau und Ratekau dagegen nicht, daher werde für diese Gemeinden die Preisstufe 3 bleiben. Das Marketing laufe zum September an, Kunden die ein Abonnement besäßen, würden rechtzeitig informiert werden.

Herr Lötsch fragt, wie es sich bei Buslinien verhalte, die von Bad Schwartau nach Lübeck rein- und wieder rausfahren würden.

Herr Stödter antwortet, dass es für diese Verbindung leider bei der Preisstufe 3 bleiben müsse, da gesagt worden sei, dass das Modell für alle oder für keine Umlandgemeinde zählen solle.

Herr Lötsch ergänzt seine Frage, was sei, wenn jemand in der Preisstufe 2 nach Dänischburg fahren wolle.

Herr Stödter antwortet, dass dies mit dem Zug möglich sei.

Frau Zeplin möchte wissen, ob es eine Möglichkeit gebe, dass die Stadt dies ausgleiche.

Herr Lötsch antwortet, dass die Bürgerschaft in der Vergangenheit entschieden habe, dass diese Kosten nicht für die Nachbargemeinden ausgeglichen werden sollen. Es sei zwar prinzipiell möglich, aber es handle sich dabei um Lübecker Steuergeld.

Frau Hagen erklärt, dass die Hansestadt Lübeck auch mit den Umlandgemeinden in Verhandlung gegangen sei. Die Sorge sei gewesen, dass die Dringlichkeit des Vorhabens die dortigen politischen Prozesse störe, daher habe die Verwaltung den Nachbargemeinden auch ein Übergangsjahr angeboten, damit diese ihre politischen Gremien beteiligen könnten. Dies sei aber auch nicht von den Umlandgemeinden akzeptiert worden.

Herr Ramcke fragt, ob die Politik oder die Verwaltung der Stadt Bad Schwartau den Vorschlag abgelehnt habe.

Frau Hagen antwortet, dass den Gemeinden eine Frist gegeben worden sei um sich zu äußern und keine Rückmeldung eingegangen sei. Sie gehe davon aus, dass das Thema dort ordnungsgemäß besprochen worden wäre.

Herr Leber sagt, dass dies für ihn eine völlig neue Information sei und die Öffentlichkeit des Kreises Ostholstein davon bisher sicher auch nichts mitbekommen habe. Es könnte deswegen eine Diskussion entstehen, aufgrund welcher die bisherige Entscheidung nochmal hinterfragt werde, auch da dort viele Pendler wohnen würden.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, im Zuge der ÖPNV-Anbindung des Stationsneubaus in Lübeck Moisling

- a. die Linien 5, 7, 11 und 12 zum Bahnhofpunkt (zu den in Planung befindlichen Bushaltestellen auf der Brücke des Oberbüssauer Weges oberhalb vom Bahnhofpunkt mit direktem, barrierefreiem Zugang zu den Bahnsteigen) verlängern zu lassen sowie Angebotslücken im Tagesverkehr auf der Linie 5 schließen zu lassen, sodass montags bis freitags auf dieser Linie ein durchgehender 10-Minutentakt entsteht (Zeitraum von ca. 7 bis 20 Uhr) (vgl. Ausführungen zu Taktsprüngen durch Wechsel der Taktfamilie und von Taktlagen in der Begründung); bis zu maximalen Mehrkosten i.H.v. 1,5 Mio. Euro pro Jahr,
- b. über den bei a) beschriebenen Leistungsausbau hinaus zusätzlich die Linie 5 im Abendverkehr (nach 20 Uhr) auf einen Halbstundentakt zu verdichten (bislang Stundentakt); bis zu zusätzlichen maximalen Mehrkosten zu a) i.H.v. 0,2 Mio. Euro pro Jahr,
- c. zusätzlich zu den unter a.) und b.) dargestellten Leistungspaketen die Linie 11 im Abendverkehr (nach 20 Uhr) auf einen Halbstundentakt zu verdichten (bislang Stundentakt); bis zu zusätzlichen maximalen Mehrkosten zu a) und b) i.H.v. 0,4 Mio. Euro pro Jahr;
- d. zusätzlich zu den unter a.), b.) und c.) dargestellten Leistungspaketen die Linie 12 im Tagesverkehr Montags – Freitags auf einen Halbstundentakt zu verdichten; bis zu zusätzlichen maximalen Mehrkosten zu a), b) und c) i.H.v. 0,55 Mio. Euro pro Jahr.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.6 Bebauungsplan 23.27.00 - Steinrader Damm / Schönböckener Hauptstraße - Erneuter Aufstellungsbeschluss, Erweiterung des Geltungsbereichs und Auslegungsbefreiung
Vorlage: VO/2022/11187

Herr Biehlig kritisiert die Einteilung der verschiedenen Grundstücksgrößen. Teilweise würde nicht richtig nachverdichtet werden. Er halte die Einteilung für eine innerstädtische Bebauung für zu großzügig.

Herr Löttsch entgegnet, dass dieser Bereich bereits sehr häufig diskutiert worden sei, daher sei er über diesen Einwand überrascht. Es sei ohnehin ein viel zu langes B-Planverfahren für dieses kleine Gebiet durchgeführt worden, daher wolle er die Planung nicht weiter infrage stellen. Er dankt der Verwaltung für die Organisation des Beschlusses.

Beschluss:

1. Der am 18.11.2019 für den Bereich zwischen dem Steinrader Damm und dem Flutgraben und westlich des dortigen Campingplatz gefasste Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans 23.27.00 – Steinrader Damm Nr. 14 - 34 – (Anlage 1) wird unter aus-

drücklicher Bezugnahme auf § 13b BauGB in der seit dem 14.06.2021 geltenden Fassung erneuert.

2. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans 23.27.00 – Steinrader Damm Nr. 14 - 34 –, dessen Aufstellung der Bauausschuss am 18.11.2019 beschlossen und am 20.06.2022 erneuert hat, wird gemäß beiliegendem Übersichtsplan (Anlage 2) um südlich des Steinrader Damms liegende Flächen erweitert. Die Einbeziehung dieser Flächen ist erfolgt, um eine erforderliche Kindertagesstätte und weitere Wohneinheiten planungsrechtlich zu ermöglichen. Der Bebauungsplan erhält nunmehr die Bezeichnung 23.27.00 – Steinrader Damm / Schönböckener Hauptstraße –.
3. Der Bauausschuss nimmt den Auswertungsbericht der bisher zum Bebauungsplan 23.27.00 – Steinrader Damm / Schönböckener Hauptstraße – durchgeführten frühzeitigen Verfahren der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) zur Kenntnis.
4. Der Entwurf des Bebauungsplanes 23.27.00 – Steinrader Damm / Schönböckener Hauptstraße – sowie die zugehörige Begründung werden in den vorliegenden Fassungen (Anlagen 4 und 7) gebilligt.
5. Der Entwurf des Bebauungsplanes und die zugehörige Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und gemäß § 4a Abs. 4 BauGB in das Internet einzustellen. Gemäß § 4a Abs. 2 BauGB wird gleichzeitig mit der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.
6. Die Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes erfolgt, sobald der erforderliche städtebauliche Vertrag zur Berücksichtigung der Anforderungen der Hansestadt Lübeck (Eckpunkte siehe Anlage 8) auf der Grundlage des gebilligten Bebauungsplanentwurfes in der vorgeschriebenen Form rechtswirksam abgeschlossen ist.
7. Sollte der Entwurf des Bebauungsplanes nach der öffentlichen Auslegung geändert oder ergänzt werden, ohne dass die Grundzüge der Planung berührt werden, ist eine eingeschränkte Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB durchzuführen. Sofern der Kreis der von den Änderungen und Ergänzungen betroffenen Öffentlichkeit nicht hinreichend eingegrenzt werden kann, soll anstelle der eingeschränkten Öffentlichkeitsbeteiligung eine erneute öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 Satz 1 BauGB erfolgen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	3
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.7 Austauschvorlage zur VO/2020/09090: 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014
Vorlage: VO/2020/09090-02

Beschluss:

Die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen in der Hansestadt Lübeck vom 09.12.2014 wird in der Fassung der Anlage beschlossen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.8 Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem § 82 Abs 1 GO für das Haushaltsjahr 2022 zur Umsetzung des Konzept zur Beschleunigung des Glasfaserausbaus
Vorlage: VO/2022/11104

Herr Matthies fragt, ob es sich bei den neuen Personalstellen um Zeitverträge oder Festanstellungen handle.

Frau Hagen antwortet, dass es neue Stellen für den Haushalt 2023 seien. Es würde sich um Festanstellungen handeln, da Zeitverträge zu unattraktiv seien.

Herr Ramcke führt aus, dass er sich mit diesem Beschluss schwertue. Er finde den Umgang mit der Thematik merkwürdig und würde sich wünschen, dass die Verwaltung sage, dass dieser Umgang nicht möglich sei, aber dafür mehr Geld in Wege und Beleuchtung investiere.

Frau Hagen entgegnet, dass sie das Vorgehen für eine sehr gute Idee halte. 90% der Kosten im Glasfaserausbau würden durch den Tiefbau verursacht werden, durch diese Maßnahme werde der Bau erleichtert und gleichzeitig könnten Wege und Beleuchtungen in einem Tempo erneuert werden, welches sonst nicht umsetzbar wäre. Die Stadt spare dadurch auch Kosten. Die Versorger seien auch nicht dazu verpflichtet in Kooperation zu bauen, aber es sei für die Stadt zielführend, und die Versorger hätten dies auch akzeptiert, weil die Stadt mit der Leitstelle Verkehrsflussmanagement entsprechend organisiert ist und über einen transparenten Prozess alle Beteiligten koordiniere. Die Straßen sollten nicht immer wieder von verschiedenen Versorgern aufgerissen werden, die entsprechenden Genehmigungen dürften die Stadt ihnen andernfalls auch nicht verweigern. Die Unternehmen würden alle in Konkurrenz stehen und hätten eigentlich kein Interesse daran, sich abzusprechen, aber über den finanziellen Vorteil könne den Firmen dies über die Leitstelle für Verkehrsfluss und Geo-Services schmackhaft gemacht werden.

Herr Dr. Flasbarth stimmt Frau Hagen in ihrer Einschätzung, dass es sich um eine kluge Maßnahme handle, zu. Er wolle einerseits wissen, warum es so lange gedauert habe, da der Antrag, diese Maßnahme zu bezuschussen bereits eineinhalb Jahre alt sei und wie sich die Kosten in Höhe von 350.000,- EUR für die Software erklären würden.

Herr Johannsen antwortet, das zukünftig digital gearbeitet werden solle. Es habe bisher jährlich bereits ca. 6.000 Genehmigungen gegeben und durch diese Maßnahmen kämen schätzungsweise 1.000 bis 2.000 weitere Genehmigungen dazu. Die 350.000,- EUR seien eine Einmalzahlung, die es ermöglichen würde, dauerhaft digital zu arbeiten. Alle Teilnehmer könnten ihre Vorgänge über die Software abwickeln. Die Bürgerschaft habe beschlossen, die Software Roads zu benutzen, und die zu beschaffende Software sei das, was den Datenfluss automatisiere. Die Alternative sei, alle Daten händisch einzugeben. So aber könne schnell und transparent der Sachstand aller Arbeiten dargestellt werden. So etwas Ähnliches sei vor zehn Jahren bereits angestrebt worden, damals hätten die Kosten 500.000,- EUR und zzgl. einen Wartungsvertrag betragen, daher sei der heutige Preis ein Schnäppchen.

Herr Biehlig fragt, ob die Software dann sozusagen eine digitale Bauakte „in light“ sei. Frau Hagen antwortet, dass der Vergleich zutrefte, aber es hier kein zwischengeschaltetes Landesportal gebe.

Herr Vorkamp fragt, warum es ein bis zwei neue Stellen brauche, wenn die Digitalisierung die Vorgänge vereinfachen solle. Es gebe doch bereits Stellen.

Herr Toll antwortet, dass die zwei neu anzuwerbenden Stellen von Fachleuten besetzt werden sollen, die den Ausbau vorantreiben sollen, da ein Vielfaches zum bisherigen an Gehwegen und Straßenbeleuchtung ausgetauscht werden solle.

Beschluss:

In den nachfolgenden Produktsachkonten werden gem. § 82 Abs. 1 GO überplanmäßig folgenden Mittel im Haushaltsjahr 2022 bereitgestellt:

Produktsachkonto	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
541001.000.50XX	Gemeindestraßen Personalaufwendungen	2022	150.000,00€
541001.000.5221105	Gemeindestraßen Ersatzbeschaffung Festwert Straßenbeleuchtung	2022	500.000,00€
541001.000.5271004	Gemeindestraßen Aufwendungen für Datenverarbeitung	2022	350.000,00€
			1.000.000,00€

Deckung

Produktsachkonto	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
111032.9995315.000	Zuwendungen und		

Zuschüsse für
laufende Zwecke
verbundene Unter-
nehmen

2022

1.000.000.,00€

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 3.9 Projektfreigabe: Beteiligung beim Breitbandausbau - Erneuerung technisch abgängiger Beleuchtung und desolaten Gehwegflächen in St. Jürgen im Zuge des Breitbandausbaus
Vorlage: VO/2022/11154**

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt sich beim Breitbandausbau in dem Stadtteil St. Jürgen mit der Erneuerung von Beleuchtungsstandorten und der Sanierung von Gehwegflächen zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 3.10 Masterplanmaßnahme Rathenaustraße: Möglichkeit der geänderten Bauweise
Vorlage: VO/2022/11153**

Herr Pluschkell drückt seiner Überraschung über den Vorschlag der Verwaltung aus, da ähnliche Vorschläge bei der Diskussion um die Erhaltungssatzung Broilingplatz von der Verwaltung abgelehnt worden seien, unter anderem auch aus Kostengründen. Er wolle die Vorlage ablehnen.

Frau Hagen antwortet, dass die Begründung über die Nichteinbeziehung von Verkehrsflächen eine andere gewesen sei, da bei öffentlichen Verkehrsflächen die Stadt immer die Entscheidung im Einzelfall über die Gestaltung der Oberflächen habe.

Herr Matthies stimmt Herrn Pluschkell zu, die Höhe der Summen habe ihn erschrocken. Die Mehrkosten seien, trotz der Argumentation der Nachhaltigkeit, nicht zumutbar.

Herr Dr. Brock sagt, dass sich seine Fraktion diese Maßnahme auch nicht vorstellen könne, da es den Bedürfnissen des Radverkehrs nicht entspreche und auch kein städtebaulicher Mehrwert entstehe. Solche Summen sollten eher für andere Projekte genutzt werden.

Herr Vorkamp führt aus, dass die Rathenaustraße rekonstruiert gehöre, da das Material vorhanden sei und es sich um einen verhältnismäßig kleinen Betrag handle. Daher habe er mit dieser Maßnahme kein Problem, im Gegensatz zu der Maßnahme in der Jürgen-Wullenwever-Straße, da dort der Radverkehr nicht gefördert werden müsse.

Herr Dr. Brock erwidert, dass es um die Länge gehe, nicht um die Regelung des Verhältnisses zwischen Rad- und Autoverkehr. Außerdem sei die Strecke dann schlecht befahrbar, da es kein geschnittenes Pflaster sei.

Herr Vorkamp entgegnet, dass es solche Straßen auch in der Innenstadt gebe und sich darüber auch keiner beschwere. Den Radverkehr zu fördern bedeute nicht auf Großkopfpflaster zu verzichten.

Herr Dr. Brock sagt, dass es genau dies bedeute, da die Fahrradstraßen in der Innenstadt eine Katastrophe seien.

Frau Mecker fragt, ob es richtig sei, dass das Pflaster nicht versiegele, Asphalt aber schon.

Herr Lötsch antwortet, dass bei dieser Maßnahme in beiden Fällen Versiegelung stattfinde, da die Fugen im Pflaster vergossen werden sollen. Das Geld für diese Maßnahme könne an anderer Stelle besser eingesetzt werden.

Herr Pluschkell möchte wissen, ob die zusätzlichen 430.000,- EUR nicht stattdessen eingesetzt werden könnten, das Großkopfpflaster in der Innenstadt durch geschnittenes Pflaster zu ersetzen.

Frau Hagen erklärt, dass dies eine gesonderte Maßnahme sei, die die Verwaltung sich gerne für die Zukunft vornehmen könne, aber dann müssten die Mittel ins nächste oder übernächste Jahr übertragen werden. Es sei nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Kapazitäten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	11
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich, die Beschlussvorlage abzulehnen.

**zu 3.11 Ausweitung des Angebots der Linie 40 im Kontext des Projektes "unbeschwert unterwegs"
Vorlage: VO/2022/11156**

Gemäß TOP 1 werden TOP 3.5, TOP 3.11 und TOP 6.4.7 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.5 dargestellt, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, den Stadtverkehr Lübeck GmbH (SL) mit einer Ausweitung des Angebots auf der Linie 40 zu beauftragen. Hinsichtlich der Einzelheiten der Angebotsausweitung (Taktverdichtung, zusätzliche Fahrten) wird auf die Begründung Bezug genommen. Der voraussichtliche jährliche Eigenanteil von bis zu 388.000 EUR ist im städtischen Haushalt ab dem Jahr 2023 zu ordnen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.12 Machbarkeitsstudie 2. Anbindung Travemünde Vorlage: VO/2022/11168
--

Herr Stolte stellt die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur 2. Anbindung Travemünde vor.

Gemäß TOP 1 wird dieser TOP vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.13 Übertragung der Erschließung für das Gebiet des Bebauungsplanes 01.77.00 Nördliche Wallhalbinsel Vorlage: VO/2022/11176
--

Der Vorsitzende sagt, dass er festgestellt habe, dass noch zu TOP 3.13 und TOP 5.7 zwei Vorlagen eingereicht worden seien. Aufgrund der Kurzfristigkeit, mit der die auf die Tagesordnung gesetzt worden seien, spreche er sich dafür aus, diese TOP nicht mehr in der heutigen Sitzung zu behandeln.

Herr Dr. Flasbarth wirft ein, dass eine Vertagung des TOP 3.13 gegebenenfalls zur Problemen mit dem Satzungsbeschluss im August führen könne.

Herr Löttsch sagt, dass die Vorlagen auch bei der eventuell stattfindenden Sondersitzung behandelt werden könnten. Die Alternative sei, dass er die Sitzung für eine halbe Stunde unterbreche, damit alle Ausschussmitglieder sich die Vorlagen durchlesen könnten.
 Frau Hagen sagt, dass eine Befassung während der möglichen Sondersitzung zeitlich ausreichend sei.

Herr Löttsch weist darauf hin, dass derartige Unterlagen den Ausschussmitgliedern früher zur Verfügung gestellt werden müssten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 4.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag Detailplanung Fahrradverleihsystem für Lübeck
 Vorlage: VO/2022/11013**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Vielfalt: Bestand von 10.000 Sozialwohnungen bis 2025
 Vorlage: VO/2022/11008**

Frau Zeplin begründet den Antrag.

Frau Haltern sagt, dass sie auch den Ausbau wünsche, die Frage sei nur, welcher Weg gewählt werde. Sie wolle wissen, warum der Sozialausschuss den Antrag abgelehnt habe. Es sei fraglich, ob der Antrag zielführend sei.

Frau Zeplin antwortet, dass das Hauptargument für die Ablehnung im Sozialausschuss gewesen sei, dass es gerade für die Verwaltung nicht passe und unnötigen zusätzlichen Druck

schaffe. Sie halte die Begründung für unpassend, da irgendwann angefangen werden müsse.

Herr Dr. Flasbarth weist darauf hin, dass das Ziel der 10.000 Sozialwohnungen nicht nur ein Wahlversprechen gewesen sei, sondern auch im Koalitionsvertrag enthalten sei. Es sehe danach aus, als sei das Ziel nicht nur über Neubau zu erreichen. Als in der Bürgerschaft darüber diskutiert worden sei, sei gesagt worden, dass es noch andere Wege gebe, um das Ziel zu erreichen, und das sei im Prinzip das, was der vorliegende Antrag bezwecke. Wenn sich abzeichne, dass Neubau nicht ausreiche, müsse über andere Wege nachgedacht werden.

Frau Hagen verliest eine Stellungnahme des Bereichs Soziale Sicherung:

„Wohnungsunternehmen können Wohnungen neu oder wieder in die Bindung geben oder die Bindung vor Ablauf verlängern. Eine Möglichkeit der Kommune, Belegungsbindungen anzukaufen, ist nicht vorgesehen und auch nicht in Planung. Ein Austausch mit dem Innenministerium bestätigte dies.

Die HL ist demnach auf die Bereitschaft der Wohnungsunternehmen angewiesen. Diese steigt momentan aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingungen am Kapitalmarkt. Zwei große Wohnungsbauunternehmen in HL haben bereits mitgeteilt, dass entsprechende Überlegungen bereits stattfinden.

Das Instrument des Ankaufs von Belegungsbindungen ist wie alle Förderinstrumente geregelt in den Wohnraumförderungsrichtlinien des Landes (unter Punkt 8.).

Es ist also die IB.SH, die die Zweckbindungen erwirbt, diese werden in der Förderzusage begründet, als Gegenleistung erhält das Wohnungsunternehmen ein nicht zweckgebundenes Darlehen. Eine Verpflichtung, dieses Instrument zu nutzen besteht nicht, es sei denn, wir als HL würden so etwas z. B. in einem städtebaulichen Vertrag vereinbaren.“

Die Stadt fördere bereits den sozialen Wohnungsbau durch die Mindestquote von 30% sozial geförderten Wohnungsbau oder durch Vertragsbedingungen, wenn Flächen der Hansestadt Lübeck verkauft würden.

Herr Ramcke sagt, dass es sich dabei um die rechtlichen Rahmenbedingungen handle, aber dennoch die Frage sei, wie die Stadt zu den 10.000 Wohnungen gelange. Es gehe dabei auch um Monitoring und darum, Leute, die dieser Wohnungen bedürfen, diese zuzuweisen. Er verstehe daher den Wunsch, auf das Thema ein Schlaglicht zu werfen, da es derzeit keinen Lösungsweg gebe. Inhaltlich sei der Antrag nachvollziehbar.

Frau Hagen führt aus, dass es einen Bürgerschaftsbeschluss gebe, der 10.000 Sozialwohnungen fordere. Es würden ein Konzept und eine Lösung verlangt werden, aber die Umsetzung sei nicht einfach. Es werde derzeit überlegt, wie die Zeile erreicht werden könnten. Die TRAVE GmbH habe derzeit über 8.000 Wohnungen mit einem sehr günstigen, dem geförderten Preisniveau entsprechenden durchschnittlichen Preis pro Quadratmeter, und es gebe noch viele weitere Wohnungen, die deutlich günstiger sind, als unter den Fördervorgaben möglich. Es bestehe die Gefahr, diese durch die Einhaltung von Quoten eher zu verteuern. Es gebe keine einfache Lösung. Im Fall des studentischen Wohnens müsse ebenfalls viel gemacht werden. Sie verweist auf die mündliche Mitteilung zum Rahmenplan Campus Lübeck in dieser Sitzung, Teil der Bemühungen der Stadt sei unter anderem, preisgünstigen Wohnraum für Studierende auf dem Campus und den Flächen des Landes zu schaffen.

Herr Pluschkell erklärt, dass für die SPD bezahlbares Wohnen bereits sehr lange ein Thema sei. Die Forderung, dass dies über den sozialen Wohnungsbau geregelt werden könne, sei gegebenenfalls etwas blauäugig gewesen, aber es sei bereits damals klar gewesen, dass es kein einfaches Unterfangen sei. Außerdem sei hier auch das Land involviert. Die Stadt müsse sich bemühen, dass mehr gebaut werde, notfalls auch im Außenbereich.

Frau Zeplin sagt, dass es sie beruhige, dass es so viele Mittel gebe, aber es sei unbefriedigend, dass der bisherige Weg so schlecht einsehbar sei. Der Antrag solle bezwecken, dass

aufgezeigt werde, wie das Ziel erreicht werden könne. Es gehe nur darum, ein Konzept zu erstellen, welches bis zum nächsten Haushalt beschlossen werden könne.

Herr Dr. Brock stellt infrage, dass der Bauausschuss in dieser Sache zuständig sei, zumal der Sozialausschuss den Antrag bereits abgelehnt habe. Die Thematik gehöre auch nicht in den Fachausschuss, sondern in die Bürgerschaft. Weiterhin gehe es in dem Antrag nicht um geförderten Wohnungsbau, sondern Sozialwohnungen insgesamt. Die Anzahl der geförderten Wohnungen sage nichts über den sozialen Wohnungsbau aus, der müsse umfassender betrachtet werden. Daher sei der Antrag ungeeignet, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Es solle besser in der Bürgerschaft diskutiert werden, wie mehr Transparenz geschaffen werden könne.

Herr Matthies weist darauf hin, dass der Antrag auch noch in der Bürgerschaft behandelt werde. Die Vorlage sage eigentlich nur aus, dass der Bürgermeister ein Konzept vorlegen solle. Zu Frau Haltern wolle er sagen, dass es gut sei, den Weg, der gegangen werden solle zu hinterfragen, aber er sei der Meinung, dass es derzeit keinen Weg gebe.

Herr Lötsch erwidert, dass die Aussage, dass es derzeit keinen Weg gebe um das Ziel zu erreichen überzogen sei. Es könne durchaus über die Mittel diskutiert werden, aber es gebe bereits Mittel, wie die Quote zum sozial geförderten Wohnungsbau. Zu sagen, dass es bislang keinen Weg gebe, sei keine Basis für eine gute Zusammenarbeit. Er weise darauf hin, dass der Antrag überarbeitet werden müsste.

Herr Dr. Flasbarth fragt, ob Vertragsbestandteile entworfen werden könnten, mit denen Miet-erhöhungen abgebremsst oder geblockt werden könnten.

Frau Zeplin sagt, dass sie alle Skeptiker einlade, selber einen Antrag zu dem Thema zu schreiben, wie sie ihn für richtig halten würden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	6
	Nein-Stimmen	9
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen.

zu 5 **Berichte**

zu 5.1 **Bebauungsplanverfahren 32.59.00 - Howingsbrook/Rödsaal - Sachstandsbericht** **Vorlage: VO/2022/10894**

Der Vorsitzende weist auf das Schreiben der Anwaltskanzlei in dieser Sache hin, welches den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt worden sei.

Frau Haltern sagt, dass es eigentlich immer Usus gewesen sei, dass dem Bauausschuss der Entwurf aus dem Wettbewerbsverfahren vorzustellen. **Sie beantragt den TOP zu vertagen**

und ihn gemeinsam mit einer Vorstellung des Entwurfs aus dem Wettbewerbsverfahren aufzurufen.

Herr Schröder sagt eine Vorstellung der Wettbewerbsergebnisse nach der Sommerpause zu.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5.2 Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge Vorlage: VO/2022/10980

Der Vorsitzende weist auf die beiden Anträge unter TOP 5.2.1 und TOP 5.2.2 zu dieser Vorlage hin. Mit dem Antrag unter TOP 5.2.2 habe er sich noch nicht auseinandersetzen können, da er erst sehr spät eingereicht worden sei.

Herr Ramcke erklärt, dass der Antrag auch noch zur Bürgerschaftssitzung gestellt werde, er ihn aber trotzdem im Bauausschuss einstellen wolle. Er ergänze auch eher den anderen Antrag.

Der Vorsitzende fragt, ob der TOP 5.2.2 vertagt werden könne.

Herr Ramcke stimmt der Vertagung zu. Er wolle von den Antragstellern zu dem Antrag unter TOP 5.2.1 aber wissen, warum die Uhrzeit 24 Uhr gewählt worden sei.

Herr Pluschkell erläutert, dass die Regelung bis 24 Uhr gelten solle, erst danach könne dann ein anderes Fahrzeug den Parkplatz nutzen. Bis 22 Uhr sei es allen freigestellt, die letzten zwei Stunden noch im vollen Umfang zu nutzen. Entscheidend sei, dass es ab 24 Uhr kein Ticket mehr für das Parken gebe.

Herr Ramcke fragt, ob dies bedeute, dass nach 24 Uhr auch Fahrzeuge ohne Elektroantrieb den Parkplatz nutzen dürften. Nicht alle Elektrofahrzeuge seien „Fast Charger“, es gebe auch welche die zum Laden länger stehen müssten, daher sei es nicht sinnvoll, nach der Frist den Platz für alle Fahrzeuge zu öffnen. Die Anwohner sollten über Nacht ihr Auto laden. Herr Pluschkell entgegnet, dass dies unproblematisch sei, nur, dass jemand, der nach 24 Uhr dort parken wolle mit Konkurrenz rechnen müsse. Wer vorher komme, könne seinen Wagen vollladen lassen und danach anderen die Möglichkeit geben, zumindest eine wesentliche Teilladung zu bekommen.

Herr Lötsch ergänzt, dass diverse Varianten möglich seien, aber die Antragsteller die vorliegende gewählt hätten. Da es nicht so viele Stationen gebe, sollten diese auch möglichst vielen Nutzern zur Verfügung stehen.

Herr Ramcke bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme.

Frau Hagen erläutert, dass die Verwaltung ein Konzept vorgelegt habe, wie der Ausbau sichergestellt werden solle. Das Laden solle aber grundsätzlich auf eigenen Grundstücken erfolgen, wo die Fahrzeuge ohnehin abgestellt werden würden. Zusätzliche Fahrten zum

Laden der Fahrzeuge sollten vermieden werden. Es sei in Ordnung, wenn Möglichkeiten zum Zwischenladen bestünden, daher sei der Wechsel sicher gerechtfertigt. Die Frage sei, wie sichergestellt werden könne, dass keine zusätzlichen Wege verursacht werden würden.

Herr Matthies wirft ein, dass die Lademöglichkeiten auch dort geschaffen werden sollten, wo die Leute wohnen. Er habe Probleme mit der derzeitigen Verteilung der Ladestationen, in Eichholz beispielsweise gebe es gar keine.

Frau Hagen entgegnet, dass es nicht um private Ladesäulen, sondern um Ladeflächen im öffentlichen Raum gehe. Dort funktioniere das, mit der TRAVE GmbH beispielsweise gebe es die Absprache, dass deren Ladestationen allen zugänglich gemacht werden würden.

Herr Matthies antwortet, dass es dennoch Parzellen gebe, wo gar keine Ladestationen geplant seien.

Herr Stolte erklärt, dass die unter „in Planung“ verzeichneten Ladesäulen private Vorhaben seien. Es gebe unterversorgte Bereiche, aber die Verwaltung habe bereits in Aussicht gestellt, neue Stadtorte zu identifizieren. Es werde noch ein Konzept für die Gesamtstadt entwickelt. Im ersten Schritt würden Ladestationen dort eingerichtet werden, wo es technisch einfach umsetzbar sei. Es gebe auch diverse Fragen, die zu klären seien, wie zum Beispiel die Versorgung in verdichteten Quartieren, wo keine privaten Flächen zur Verfügung stünden und die Flächenkonkurrenz im öffentlichen Raum sehr hoch sei.

Herr Matthies fragt, ob sich dies auf die Einwohnerzahl beziehe.

Herr Stolte antwortet, dass die Frage sei, wie hoch der Bedarf ist, also wie viele Elektrofahrzeuge es gebe, wo die Bewohner private Flächen zum Laden hätten und wo die Netzinfrastruktur die Einrichtung zulasse. Dies werde aber gutachterlich beantwortet werden.

Herr Leber fragt nach der Haftung.

Frau Hagen antwortet, dass bei öffentlich zugänglichen Stellflächen die StVO analog gelte.

Herr Leber hakt nach, ob Schranken vor Supermarktparkplätzen dies nicht möglich machen würden.

Herr Lötsch sagt, dass es darauf ankomme, was der Eigentümer der Fläche wolle.

Herr Biehlig möchte wissen, ob die Nutzer der Stellflächen noch extra Parkgebühren zahlen würden, aber diese noch durch die Stadt finanziert werden würden.

Herr Johannsen sagt, dass derzeit keine Parkgebühren extra bezahlt werden würden, da das Angebot so klein gewesen sei. Es sei damals mit zehn Ladestationen gestartet worden, für die keine Gebühren erhoben worden seien.

Herr Lötsch wirft ein, dass es daher sinnvoll sei, seinem Antrag zuzustimmen.

Herr Vorkamp fragt, ob nicht langfristig die Betreiber der Ladesäulen dazu bewegt werden sollten, für die Parkgebühren aufzukommen.

Herr Lötsch sagt, dass dies eine Möglichkeit sei, aber es gebe auch Ladesäulen in Parkhäusern, bei denen auch Parkgebühren bezahlt werden müssten.

Bericht:

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung, Abteilung Stadtentwicklung, befasst sich derzeit auf strategisch-konzeptioneller Ebene mit dem Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur in Lübeck. Die Verwaltung der Hansestadt Lübeck hat gemäß der Empfehlung des Bauausschusses (VO/2020/09044) den politischen Auftrag, darauf hinzuwirken, dass das Angebot an öffentlich zugänglichen Ladepunkten für Elektrofahrzeuge im Stadtgebiet auf mindestens 300 öffentlich zugängliche Ladepunkte bis Anfang des Jahres 2022 ausgebaut wird. Der Bestand an öffentlich zugänglichen Ladepunkten, die bestehenden Planungen des Ausbaus der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur, das weitere Vorgehen und Kriterien zur Beurteilung geeigneter Standorte für die Errichtung im öffentlichen Raum werden in dem Bericht nachfolgend dargelegt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2.1 AM Pluschkell (SPD)& Lötsch (CDU): zu 5.2 : Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
hier: Vorrang für das Laden von e-Mobilen
Vorlage: VO/2022/10980-01**

Die Diskussion zu diesem TOP ist unter TOP 5.2 dargestellt, die Abstimmungsergebnisse unter diesem TOP.

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten dafür zu sorgen, dass die Kfz-Stellplätze im öffentlichen Raum mit Ladesäulen für E-Mobile wie folgt beschildert werden:
Zeichen 314 Parken + Zusatzzeichen EmoG + gemeinsames Zusatzzeichen Parkscheibe 2 Std. mit Zeitangabe 8-24

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	15
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**zu 5.2.2 AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): ÄA zu VO/2022/10980
Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
Vorlage: VO/2022/10980-03**

Die Diskussion zu diesem TOP ist unter TOP 5.2 dargestellt, die Abstimmungsergebnisse unter diesem TOP.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Lübeck sorgt vor: Hitzeaktionsplan (Stufe 1) und Hitzeportal für Lübeck
Vorlage: VO/2022/11040**

Bericht:

Extreme Hitze kann den menschlichen Körper stark belasten und zu gesundheitlichen Problemen führen. Vor allem ältere und kranke Menschen, Babys und Kleinkinder sowie Personen, die körperlich schwer und im Freien arbeiten, gehören zu den hitzegefährdeten Risikogruppen. Im Zuge des Klimawandels werden auch in der Hansestadt häufigere Hitzesommer auftreten und sich negativ auf Mensch und Umwelt auswirken. Vor allem in den letzten Jahren sind eine erhebliche Erwärmung und eine hohe Anzahl an Hitzetagen zu verzeichnen. Für den Tourismussektor können sich zwar bei heißeren Sommern positive Effekte ergeben, in der Summe stellen die höheren Temperaturen jedoch eine merkliche Belastung für die Menschen, die Wirtschaft sowie die Tier- und Pflanzenwelt dar.

Dementsprechend sollen gemäß der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 2019 Gesundheitsschäden durch Hitze und Hitzewellen vermieden und mögliche Todesfälle vorgebeugt werden. Dies hat die 93. Gesundheitsministerkonferenz im Herbst 2020 aufgegriffen und Kommunen sowie betroffene Institute aufgefordert, Hitzeaktionspläne (HAP) zu erarbeiten. Im Sommer 2020 hat der Bürgermeister das Gesundheitsamt zusammen mit der Klimaleitstelle der Hansestadt Lübeck beauftragt, sich des Themas Hitze als Kooperationsprojekt anzunehmen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.4 Umgestaltung der Tarifzone 6000
Vorlage: VO/2022/11063**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.5 Änderung der Stadtverordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Travemünder Winkel" in der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2022/11039**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.6 Mobilitätskonzept Travemünde: Schaffung einer neuen Straßenverbindung zwischen Gneversdorfer Weg und Teutendorfer Weg nördlich der Eisenbahngleise
Vorlage: VO/2021/09967**

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 5.7 Gutachterliche Stellungnahme zur Kostentragung Hubbrücken
Vorlage: VO/2022/11183**

Gemäß TOP 3.13 vertagt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 6 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 6.1 Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

zu 6.2 Neue Anfragen

**zu 6.2.1 Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Prüfung Fahrradstraßen in Lübeck
Vorlage: VO/2022/11206**

Anfrage:

Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 15.03.2021 eine Prüfung diverser Fahrradstraßen in Lübeck beschlossen.

Wann wird die Verwaltung den Wunsch des Bauausschusses erfüllen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.2 Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Radverkehrsführung in der Mecklenburger Straße
Vorlage: VO/2022/11207**

Anfrage:

Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 07.03.2022 folgendes beschlossen:

„Die Verwaltung wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Bauausschusses die aktualisierte Planung der Radverkehrsführung in der Mecklenburger Straße zwischen Markt und Umgehungsstraße vorzustellen und zu berichten, wie diese Planung zeitnah realisiert werden kann“

Wann wird die Verwaltung den Wunsch des Bauausschusses erfüllen?

Warum wurde bisher noch nicht berichtet?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.3 Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Verkehrsversuch Fackenburger Allee
Vorlage: VO/2022/11208

Anfrage:

In einem Artikel zum Thema Verkehrsversuch in der Fackenburger Allee (HL-live, 06.06.2022) steht folgender Satz:

„Außerdem muss die Firma jederzeit die Markierungen innerhalb von einer Woche entfernen können, wenn es einen schweren Unfall durch die neue Verkehrsführung gibt.“

In der bisherigen Diskussion in den politischen Gremien wurde immer darauf hingewiesen, dass man auf einen evtl. notwendigen Abbruch des Versuchs vorbereitet sei, wenn dieser nicht funktioniere (z.B. erhebliche Staus).

Stammt die zitierte Aussage aus einer Presseerklärung der Stadt?

Wird ein höheres Unfallrisiko durch die Durchführung des Verkehrsversuchs gesehen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X

	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.4 Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Sachstand Digitale Bauantragsakte
Vorlage: VO/2022/11225

Anfrage:

Wie ist der Sachstand bei der Einführung der digitalen Bauantragsakte?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.5 Anfrage von AM Christopher Lötsch (CDU): Terminplanung Brückensanierung
Vorlage: VO/2022/11226

Anfrage:

Wie ist der Ablauf bzw. die Terminplanung für die Brückensanierungen?

Welche Brücken sollen wann (in den nächsten 15 Jahren) saniert werden?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.6 Anfrage des AM Michael Matthies (die Unabhängigen): zu Neubauten am Bag-

Anfrage:

In der Liste der Bauvoranfragen Nr. 11/2022 sind auf Blatt 2 unter den lfd. Nummern 12 - 15 die Ferienwohnungen aufgeführt, die am Baggersand 25 in Neubauten und der ehemaligen Werfthalle errichtet werden sollen.

Wenn man die Anzahl der Ferienwohnungen aller geplanten Bauten addiert, kommt man jetzt in Summe auf 109 Wohnungen.

In der Präsentation, die in der Sitzung am 20.09.2021 vorgestellt wurde und Grundlage für die Genehmigung des Bauausschusses bildete, war aber nur von 90 - 95 Wohnungen die Rede.

Fragen dazu:

- 1.) Warum ist die geplante Wohnungszahl um rund 15 - 20 % über der damals beantragten Größenordnung und wird die Verwaltung das genehmigen?
- 2.) Entspricht der umbaute Raum auf dem Gelände noch dem, der in der Entwurfsplanung vom 03.07.21 angegeben wurde?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.7 Anfrage des AM Michael Matthies (die Unabhängigen): zur Fußweg- und Radwegführung zwischen Possehlstraße und Willy-Brandt-Allee
Vorlage: VO/2022/11224

Anfrage:

1. Aus welchen Gründen gibt es keine Fußwegverbindung auf der Westseite des Holstentorplatzes zwischen Willy-Brandt-Allee und Possehlstraße?
2. Kann der dortige Radweg so gestaltet werden, dass dort auch die Anordnung eines Fußweges möglich ist? Welche Gründe sprechen dagegen?
3. Kann der breite Fußweg auf der Ostseite der Straße zwischen Possehlstraße und Willy-Brandt-Allee und im weiteren Verlauf der Willy-Brandt-Allee auch als Radweg gestaltet werden? Welche Gründe sprechen dagegen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kennntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 6.2.8 Anfrage des AM Ulrich Pluschkell (SPD-Fraktion) zu Verkehrsengpass Moltkebrücke
Vorlage: VO/2022/11240**

Anfrage:

In der 52. Sitzung des Runden Tisch Radverkehr wurde über die seitens der Verwaltung geplante Neuorganisation des Verkehrsraums Moltkebrücke berichtet. Demnach ist ab Juli 2022 eine vorläufige Neumarkierung der Fahrspuren beabsichtigt, welche jedoch im November 2022 geändert werden soll. Siehe hierzu beigefügtes Chart. Dieses vorausgeschickt, frage ich wie folgt:

1. Wann wurde im Bauausschuss über diese detaillierte Planung berichtet?
2. Ist bei der ab November 2022 beabsichtigten Markierung gewährleistet, dass Radfahrende jederzeit gefahrlos durch andere Verkehrsteilnehmer:innen überholt werden können?
3. Wurde bei dieser Planung der Beschluss der Lübecker Bürgerschaft zur Beschleunigung des ÖPNV berücksichtigt? Falls nein, warum nicht?
4. Besteht durch diese Planung die Gefahr, dass der Busverkehr verlangsamt wird, weil ihm ein Überholen der auf den Radfahrstreifen fahrenden Verkehrsteilnehmer:innen unter Einhaltung der 1,50-m-Regelung der STVO 2020 nicht mehr möglich ist? Falls ja, warum soll der Busverkehr behindert werden?
5. Warum wird durch die auf dem beigefügten Chart der Verwaltung gezeigten Radfahrenden das Rechtsfahrgebot gemäß STVO nicht eingehalten?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden

zu 6.4 Sonstige Mitteilungen

**zu 6.4.1 Fraktion Vielfalt: Wahl in den Bauausschuss
Vorlage: VO/2022/11122-01**

Wahl in der Bürgerschaftssitzung am 19.05.2022 (VO/2022/11122):

Als stellvertretendes ordentliches Mitglied im Bauausschuss wird Michelle Akyurt gewählt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 6.4.2 DIE LINKE: Wahl in den Bauausschuss
Vorlage: VO/2022/11126-01**

Wahl in der Bürgerschaftssitzung am 19.05.2022 (VO/2022/11126):

In den Bauausschuss wird Frau Katjana Zunft als stellv. ordentliches Mitglied gewählt.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.3 Mündliche Mitteilung (5.660): CHARTA Friedhofskultur

Frau Wulke-Eichenberg stellt das Thema vor und beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.4 Mündliche Mitteilung (5.660): Wanderweg an der Wakenitz Eichholz

Herr Wallendzik stellt das Thema anhand einer Grafik, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor, und beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Dr. Brock stellt den Antrag, dass der Bereich Recht sich in einer schriftlichen Stellungnahme zur Abwägung der rechtlichen Belange in dieser Sache äußern soll, insbesondere auch hinsichtlich des Belangs, dass die Bevölkerung ein Recht habe, öffentlich gewidmete Flächen zu nutzen.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

zu 6.4.5 Mündliche Mitteilung (5.610): Skateranlage Travemünde

Herr Kirchhoff stellt das Thema anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor, und beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.6 Mündliche Mitteilung (5.610): Rahmenplan Campus Lübeck

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses verlagt.

zu 6.4.7 Mündliche Mitteilung (5.610): Sachstand Abschaffung Preistufe 3 zum 01.08.2022

Gemäß TOP 1 werden TOP 3.5, TOP 3.11 und TOP 6.4.7 gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.5 dargestellt, die Abstimmungsergebnisse unter dem jeweiligen TOP.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 6.4.8 Mündliche Mitteilung (5.660): Wegfall Bewohnerparkplätze in der Alsheide

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses verlagt.

zu 6.4.9 Mündliche Mitteilung (5.610): Vergabeverfahren 5. RNVP

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses verlagt.

zu 6.4.10 Mündliche Mitteilung (5.660): Sachstand Stadtgrabenbrücke

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses verlagt.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Bau eines Radweges - Willy Brandt Allee
Vorlage: VO/2022/11164**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 7.2 Antrag AM Pluschkell (SPD): Vorrang für das Laden von e-Mobilen

Der Antrag wurde durch die Antragsteller zurückgezogen und unter TOP 5.2.1 neu eingestellt.

**zu 7.3 Antrag AM Sophie Bachmann (Fraktion21): Ampelschaltung Kreuzung Fackenburg Allee/Werner-Kock-Straße
Vorlage: VO/2022/11188**

Aufgrund der von den Mitgliedern des Bauausschusses einstimmig festgelegten Zeit zur Beendigung des Bauausschusses (20:00 Uhr) bzw. Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung (19:00 Uhr) konnte dieser Tagesordnungspunkt nicht mehr behandelt werden, da diese Zeit bereits überschritten war und wird dadurch auf die nächste Sitzung des Bauausschusses vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:19 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:20 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gemäß Geschäftsordnung der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist. Es wird um die Teilnahme von Herrn Schröder (5.610), Herrn Graap (5.651), Herrn Barber (5.651), Frau Höhn (5.691) und Herrn Stödter (5.610) gebeten.
Die Mitglieder des Bauausschusses widersprechen dem nicht.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 19:22 Uhr.

Lübeck, den 23. Dezember 2022

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Herr Wilk Wendorff
Protokollführung